

Mitteilungen

Schweizerische Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde

editorial

Gedanken zum 1. August 2012



PATRICK FREUDIGER
VIZEPRÄSIDENT PRO LIBERTÄTE
STADTRAT LANGENTHAL
E-Mail: p.freudiger@besonet.ch

Leuchtturm der Freiheit und Demokratie

Zugegeben: Vieles läuft nicht rund in der Schweiz: Das stetige Bevölkerungswachstum bringt unsere Infrastrukturen an Grenzen. Jedes Jahr steigen die Krankenkassenprämien weiter an. Zahme Bundesräte schliessen mit dem Ausland steuerpolitische Knebelungsverträge ab.

Trotzdem: Angesichts unseres kommenden Nationalfeiertags lohnt sich ein Blick über die Grenze. Während die öffentlichen Haushalte in halb Europa vor dem Kollaps stehen, konnte die Schweiz ihre Schuldenquote trotz Schuldenkrise sogar ein wenig reduzieren. Das relativ liberale Schweizer Arbeitsrecht garantiert Wirtschaftswachstum und bessere Berufschancen für Stellensuchende. Schweizer Stimmbürger stimmen 4x jährlich ab, während deutsche Stimmbürger nur zuschauen können, wie Angela Merkel neue Milliarden für Brüssel verspricht.

Das «Haus Europa» ist zum Krankenhaus geworden. Ein Krisengipfel folgt dem nächsten. Die EU ist in einer Krise ohne Ende. Die Schweiz ist im Vergleich dazu ein Leuchtturm der Freiheit und Demokratie.

Zug: Eine Stadt stürzt in den See



Bild: zvg

DR. PHIL. ET LIC. IUR.
JOHANN ULRICH SCHLEGEL, ZÜRICH

Vor 125 Jahren, am 5. Juli 1887, öffnete sich in der Stadt Zug ein gewaltiger Trichter, welcher in zwei kurz aufeinander folgenden Phasen insgesamt 38 Gebäude mit in die Tiefe riss. 11 Personen wurden getötet. Der direkte Sachschaden erstreckte sich nebst den Häusern auf das verlorene Land, Strassen ebenso wie auf Wasserleitungen und Gasleitungen, die vom See verschlungen wurden.

Vorzeichen als Anzeichen?

1884 wurden am See Quaibauten errichtet. Da bildeten sich in deren Mauern verdächtige Risse. Die Arbeiten waren aber bereits so weit fortgeschritten, dass man sich entschloss, diese dennoch, wenn auch vorsichtig, zu vollenden. Risse hatte es in den Gebäuden der Stadt oder eben auch am Seeufer schon immer gegeben. Sie waren nicht selten Jahrzehnte und sogar Jahrhunderte folgenlos und unverändert geblieben.

Am Abend des 4. Juli 1887 bemerkten Augenzeugen, wie plötzlich heftige Wellenschläge gegen

■ Ein Bild schwerster Zerstörung. ■

das Ufer klatschten, obwohl sich nichts auf dem See, etwa ein Schiff, bewegt hätte. In der Nacht auf den 5. Juli fiel einer Augenzeugin auf, wie die Wand ihres Zimmers unablässig zitterte. Das Katastrophengebiet erstreckte sich im wesentlichen auf die Vorstadt, die dem See entlang in nördlicher Richtung von der «Neuen Dampfschiff-

In dieser Ausgabe

- 3 Peking! Das süsse Leben der Bonzen Ist Deutschland ein Schurkenstaat?
- 4 Engagement für Landwirtschaft, Wälder und Natur
- 5 Ein neuer Fichenskandal?
- 6 Buchempfehlung
- 7 Gefährdete Meinungsfreiheit
- 8 Vom korrekten Fahنشmuck





Bilder: zvg

■ Rutschung Richtung Seetiefe in Phasen. ■

lände» und südlich davon von einem Rondell, einer halbkreisförmigen Ausbuchtung in den See hinaus, am Quai begrenzt wurde. Und beim Rondell entdeckten Passanten am frühen Nachmittag des 5. Juli Risse. Um 15.20 Uhr sackte plötzlich an einer Kanalmauer Richtung Ufer ein Gerüst ab. Gleich darauf sank das Rondell etwa einen Meter in den See ein. Der Katastrophe voraus gingen also diverse Vorzeichen. Konnte man diese aber auch als Anzeichen für das Ausmass der hereinbrechenden Katastrophe erkennen?

Katastrophe in zwei Phasen

Wenige Minuten, nachdem das erwähnte Gerüst eingesunken war, um 15.35 Uhr, hörte man urplötzlich lautes Krachen und fast gleichzeitig versanken Teile der Quaimauer, zwei Häuser mit einem Schuppen sowie eine Fischerhütte. Einem Dampfschiff, das sich in unmittelbarer Nähe der Unglücksstelle befand, wurden die mächtigen Tauen zerrissen als wären sie bloss Bindfäden. Das Schiff wurde weit in den See hinaus geschleudert. Dieser erste Einbruch forderte sieben Menschenleben. Hierauf blieb das Gelände für den Moment stabil. Polizei, Feuerwehr und Militäreinheiten gelang es, rasch Absperrungen zu errichten, Hilfsmassnahmen und Evakuierungen einzuleiten. Spezialisten des städtischen Bauamtes begannen, das Terrain zu kontrollieren. Im Verlauf des Nachmittages bildeten sich parallele, konzentrisch zur Unfallstelle verlaufende Risse. Die Feuerwehr erwartete einen zweiten Einbruch und begann um 18.20 Uhr das ganze Quartier zu evakuieren.

Rund eine halbe Stunde später, es war jetzt 18.55 Uhr, erfasste Panik die etwa 200 Helfer, welche im Begriff waren, die bedrohten Leute zu evakuieren. Ein ungeheures Krachen, Bersten und Beben trieb die Leute zur augenblicklichen Flucht an. Wie bei einem Dominoeffekt versank ein Haus nach dem anderen, häufig senkrecht in die Tiefe, manchmal auch mit einer verzögernden Seitwärtsbewegung von zehn bis zwanzig Metern Richtung offenen See. Niemand hatte mit einem Einbruch solchen Ausmasses gerechnet. Eine ganze, höher gelegene Häuserreihe hatte man als nicht gefährdet eingestuft. Trotzdem waren diese Häuser gleichfalls beschädigt oder zerstört worden. Nochmals verloren vier Personen ihr Leben. Der ganze Einbruch hatte, einem Trichter vergleichbar, eine zweite Bucht des Sees aufgerissen. Diese neue Bucht wies nun eine Länge von 120 Metern und eine Breite von 80 Metern auf.

Ursache der Katastrophe

In allen Seen der Schweiz sammelt sich auf deren Grund feiner Schlamm

■ Die neu entstandene Bucht. ■

an. Er entsteht aus absterbenden Organismen im Seewasser selbst sowie aus Kalkniederschlag. Dieser Seeschlamm wird, weil er häufig ganz weiss ist, als Seekreide bezeichnet. Wenn Bäche und Flüsse in einen See münden, lagern diese härteres Geschiebe wie Sand und Kies auf der weichen Seekreide ab. Die härtere Ablagerung auf der weichen Unterlage kann dazu führen, dass die weiche Unterlage plötzlich und ruckartig nachgibt und im Gefälle des Seegrundes Richtung Seetiefe weggeleitet. Genau dieses Phänomen zeigte sich, wenn auch in katastrophalem Ausmass, am 5. Juli 1887 in Zug. Die Uferpartien und Häuser sanken so auffällig senkrecht ab, weil ihnen gleichsam das Fundament entzogen worden war, welches zudem, seit urvordenklicher Zeit gebildet, weit in die Uferzone hineinreichen kann.

■ Die nach der Katastrophe fertiggestellte Seepromenade hatte unbestreitbar Stil. ■



Bild: zvg

PEKING! Das süsse Leben der Bonzen



Bild: zvg

DR. FRIEDRICH-WILHELM SCHLOMANN,
KÖNIGSWINTER/BONN

Es begann am 6. Februar dieses Jahres, als der Polizeichef in Chongqing fürchtete, von seinem bisherigen Gönner Bo Xilai verfolgt zu werden, in ein US-Konsulat floh und später den Peking-Behörden einen tiefen Einblick in dessen wahres Leben gewährte. War dieser doch Mitglied des KP-Politbüros und galt beim Parteitag jetzt im Oktober als Aufsteiger in den Ständigen Ausschuss – das höchste Machtgremium der Volksrepublik! Er hatte versucht, die Ermittlungen gegen seine Frau Gu Kailai, Tochter eines berühmten Generals, wegen Mordverdachts gegen ihren Lover, den britischen Geschäftsmann Neil Heywood, zu unterdrücken; eigentliche Hintergründe waren wohl dunkle Finanzgeschäfte der Familie. So war Bos Bruder Bo Xiyong unter dem Falschnamen Li Xueming Geschäftsführer bei der China Everbright Holdings, welche die Kontrolle über Banken und Unternehmen ausübt. Sein Jahresgehalt beträgt 1,3 Millionen Euro, hinzu kommen Aktien-Optionen von knapp 19 Millionen Euro. Ehefrau Gu führt in Hongkong acht Privatunternehmen und in Grossbritannien die undurchsichtige Firma Adact Ltd. Dem Polizeichef zufolge transferierte die Familie Gelder in Höhe von mehreren hundert Millionen Dollar ins Ausland. Ihr gesamtes Vermögen betrage 160 Millionen Dollar, behauptet die «New York Times», während die japanische «Asahi Shimbun» es sogar auf 6 Milliarden schätzt. Sohn Bo Guagua jedenfalls besuchte die Schule in Harrow, studierte in Oxford und besucht gegenwärtig die amerikanische Harvard-Universität. Ein Stipendium erhielt er nie, umso mehr drängt sich die Frage nach der Finanzierung auf: Das offizielle Monatsgehalt seines Vaters beträgt rund 1200 Euro, andererseits belaufen sich Kosten seiner Ausbildung in Grossbritannien und jetzt in den USA auf bereits 600'000 Euro; auch sein roter Ferrari wird Geld kosten. Die Schwestern

von Frau Gu kontrollieren Firmen im Mindestwert von 100 Millionen Euro, registriert in Peking, Hongkong und als karibische Briefkastenadresse. Nach den Statuten der Kommunistischen Partei Chinas, zu deren strengen Einhaltung jedes Mitglied verpflichtet ist, dürfen enge Verwandte von Partei-Kadern sich nicht geschäftlich betätigen; ganz offensichtlich gilt dies nicht für Bonzen in Peking. Denn der Aufstieg Bos ist nur ein Beispiel von sehr vielen, wie sich «revolutionäre Familien» (deren Vorfahren an Guerilla-Kämpfen Mao Tse-tungs beteiligt waren) Schnittstellen aneigneten, an denen politische Macht sich mit lukrativen Geschäften verbindet. Sie dokumentieren zugleich die politisch-moralische Morscheit der hohen KP-Funktionäre, deren Vetternwirtschaft und Korruption skrupellos auf den eigenen Machterhalt gerichtet ist. Bo ist nahezu symptomatisch für das System. Der gegenwärtige Premierminister Wen Jiabao hat seinen Sohn Wen Yunsong an die Spitze einer Staats-Gesellschaft gebracht, die in Kürze der grösste Satellitenkommunikations-Anbieter in Fernost sein wird; seine Frau kontrolliert wesentliche Teile des umsatzstarken Edelstein-Marktes. Der Sohn des Staats- und Parteichefs Hu Jintao, Hu Haifeng, leitete bis vor kurzem eine Staatsfirma, die eine Monopolstellung für Sicherheitsscanner bei den überaus vielen

Kontrollpunkten im Riesenreich hat. Der jetzige Vizepräsident der Volksrepublik Xi Jinping, der auf dem bevorstehenden Parteitag zum neuen Staats- und Parteichef des Landes gekrönt wird, verdankt seinen Aufstieg seinem Vater, einem alten Mit-Kämpfer Mao Tse-tungs, und gewiss auch seiner Frau Peng Liyuan, die als Sängerin in der Armee den Rang einer Generalmajorin innehat. Die Tochter studiert an der amerikanischen Elite-Universität Harvard unauffällig – und unter falschem Namen.

Chinas KP-Führer schicken ihre Kinder sehr gerne auf Universitäten in den Vereinigten Staaten, die für sie als Kommunisten doch eigentlich ihr «Klassenfeind» sein muss. Doch ganz offenbar überwiegt bei allem Kommunismus und Patriotismus das egoistische Ziel, den Kindern eine sehr gute Ausbildung zu verschaffen.

Es sollen inzwischen über Hunderttausend chinesische Studenten sein, die im Westen für längere Zeit waren. Auch die Söhne und Töchter der jetzigen KP-Anführer werden mit vielen Eindrücken, vielleicht sogar mit einem anderen Weltbild in ihre Heimat zurückkommen. Ob sie dann an eine Verbesserung ihres Volkes denken oder ebenfalls primär an ihre eigenen machtpolitischen und persönlichen Interessen – das wird sich zeigen müssen...

Ist Deutschland ein Schurkenstaat?

DR. FRIEDRICH-WILHELM SCHLOMANN,
KÖNIGSWINTER/BONN

Im Moment hat der SPD-Führer Peer Steinbrück die grössten Chancen, bei den nächsten Bundestagswahlen in Deutschland Bundeskanzler zu werden. In der Schweiz wurde er berüchtigt angesichts seiner Diffamierung der Eidgenossenschaft als «Schurkenstaat» wegen des Verhaltens ihrer Banken zu deutschen Geldanlegern; ein Begriff, den er gegenüber der DDR als der erneuten deutschen Diktatur niemals verwendete, obwohl er die dortigen Verhältnisse recht genau kannte. Ob das Feigheit war oder unterdrücktes Gewissen angesichts der damaligen Liebeleien seiner Partei mit den SED-Genossen jenseits der

Berliner Mauer, bleibt ungeklärt. Bekannt ist jedenfalls, dass mancher Schweizer bei Steinbrücks Drohung mit der damaligen Kavallerie gegen die Indianer sich an Angriffspläne eines gewissen Hitlers erinnert fühlt. Für beide Entgleisungen hat sich der «hohe Herr» bis zur jetzigen Stunde nicht entschuldigt, was vielerorts als fleghaft gewertet wird. Als eine SPD-Genossin im Parlament krächte, die Schweiz habe sich Deutschland und dem ganzen Euro-Block «anzuschliessen», schwieg er vielsagend – der Begriff der staatlichen Souveränität scheint ihm genau so fremd zu sein wie gutes Benehmen. Heldenmut jedenfalls muss er – wenigstens nach seinem schiefen Weltbild – gehabt haben, als er vor

Monaten in diesen «Schurkenstaat» zu einem Vortrag vor dem Sicherheitsforum der Universität St. Gallen reiste (eigentlich sollte man dort so viel Ehrgefühl haben, derartige Schreier nicht einzuladen!). Oder war seine Sucht nach dem Honorar noch stärker, er verlangt allgemein 15'000 bis 20'000 Euro (seine jährlichen Gesamt-Einnahmen dürften eine Million Euro betragen). Die Hoffnung seiner SPD-Genossen in Bonn-Bad Godesberg, sie würden im Zeichen der von der Partei so vielgerühmten Solidarität davon einen Grossteil erhalten, dürfte ein naiver Irrglaube gewesen sein...

Im schönen St. Gallen redete der Gast viel (ohne Neues zu sagen) über Deutschland, hatte aber Schwierigkeiten mit der Wahrheit, als er lediglich die Hälfte erzählte: Denn hatte er die Schweiz mit der Titulierung «Schurkenstaat» wegen ihres Verhaltens gegenüber Geldern aus dem Ausland gegeisselt, so wird auch er inzwischen wissen, dass diese von ihm so verdammten Praktiken längst bei den deutschen Banken gegenüber Schweizern genau die gleichen sind. Nach den auch bei den SPD-Bonzen geltenden Gesetzen der Logik müsste

nach seiner Wert-Vorstellung er jetzt die Bundesrepublik Deutschland ebenfalls als «Schurkenstaat» beschimpfen. Dies gilt umso mehr, als man bekanntlich zunächst vor der eigenen Haustür kehren sollte! Bekanntlich hat vor Monaten ein Mitarbeiter der zürcher «Handelszeitung» wiederholt bei Banken im Südwesten der Bundesrepublik vorgetäuscht, ein Bankkonto eröffnen und un versteuertes Geld darauf deponieren zu wollen. Überall wurde ihm, wie eine deutsche Zeitung einräumt, «ein herzlicher Empfang bereitet» und ihm versichert, deutsche Geldinstitute würden Schweizer Behörden «sicher keine Informationen liefern». Experten sprechen von mindestens einer halben Milliarde Euro, die in den Depots der grenznahen Filialen deutscher Banken liegt! Dass Steinbrück dieses Verhalten deutscher Banken genauso verunglimpft wie die Schweiz, ist nicht bekannt geworden. Auch, dass er lediglich den Versuch solche Verstösse abzustellen, unternahm, blieb bis dato unbekannt. Vielleicht aber ist das ein Super-Staatsgeheimnis oder vielleicht doch eine Pflichtverletzung Steinbrücks? Diese Doppelmoral

jedenfalls muss für jeden ehrlichen Menschen abstoßend wirken! Das jetzige Steuerabkommen Schweiz-Deutschland verstösse gegen «das Prinzip des Gerechtigkeitsempfindens», tönt es beschwörend von den SPD-Führern (dass eine Frau Honecker in Chile sowie Ex-Stasi-Generäle eine recht schöne Altersversorgung genießen, hat bis dato niemanden in der SPD gestört!): Man will noch mehr Geld. Das manchmal weiche Bern hat Härte gegenüber solchen Geülsten aus linker deutscher Ecke versprochen, und jeder Bürger kann nur hoffen, dass man dort zu seinem Wort steht. Die Zeit jedenfalls arbeitet für die Schweiz: Ein weiteres Verstreichen lässt nämlich manche Forderung der Verjährung anheim fallen. Die SPD wird das von ihr so geheiligte Prinzip auch sehr bald auf dem Altar des Mammons opfern: Die SPD-Landesfürsten benötigen mehr als dringend Geld, ihre völlig verschuldeten Kommunen können ihre gesetzlichen Pflichten nicht erfüllen. Der deutsche Bürger knurrt. Und bald stehen vielerorts Wahlen vor der Tür...

«Engagement für LANDWIRTSCHAFT, WÄLDER und NATUR»

Shahverdi Ahadov ist ein Förderer der Baumnuss. Mit verschiedenen Aktionen will er die Pflanzung in der Schweiz vorwärts bringen. Sein Ziel: 100000 Walnussbäume für Holz- und Fruchtgewinn.

INTERVIEW:

THOMAS FUCHS, ALT NATIONALRAT
UND GROSSRAT, PRÄSIDENT DER
SCHWEIZERISCHE VEREINIGUNG
PRO LIBERTATE, BERN

E-Mail: fuchs@prolibertate.ch

Herr Ahadov, Sie sind Baumnuss-Förderer. Wie schätzen Sie die Lage der Schweizer Baumnuss ein?

Shahverdi Ahadov: Seit Mitte des 19. Jahrhunderts ist der Nussbaumbestand in der Schweiz rückläufig. 1951 gab es noch über eine halbe Million Nussbäume in der Schweiz. Jetzt ist die Baumnuss nur noch ein Nischenprodukt.

Die Nachfrage nach Baumnüssen in der Schweiz ist hoch, um ein Vielfaches höher als das Angebot. Jedoch kann die Schweiz auf Grund der rückläufigen Zahlen des Walnussbaumes den Bedarf an Baum-

nussfrüchten und -holz nicht decken und ist daher stark abhängig von Importen aus dem Ausland. Gemäss BFS (Bundesamt für Statistik der Schweiz) benötigt die Schweiz jedes Jahr mehr als 1000 Tonnen ganze Baumnüsse und mehr als 2000 Tonnen Baumnusskerne im Wert von ca. 65 bis 70 Millionen Franken. Diese Situation ist für die Schweizerische Nahrungsmittelunabhängigkeit unbefriedigend. Zudem werden in der Schweiz jährlich 12000 bis 14000 m³ Nussbaumholz verarbeitet, Tendenz steigend. Nur etwa 10% des verarbeiteten Holzes kommt aus der Schweiz, der Grossteil wird eingeführt. Die Schweiz verfügt über genügend natürliche Ressourcen um den heimischen Baumnussbedarf abdecken zu können. Leider haben die schweizerischen Bauern bis 2009



Bild: zvg

■ ■ Shahverdi Ahadov ist Projektleiter und Förderer von Landwirtschafts- und Naturprojektideen in der Schweiz. ■ ■

nur sehr wenig Interesse an der Pflanzung von Walnussbäumen gezeigt. Auch einheimische Stadtgärtereien und Baumschulen bekunden ein ungenügendes Interesse Walnussbäume zu züchten.

Deshalb haben Sie das Projekt «Förderung des Walnussbaums in der Schweiz» ins Leben gerufen? Was ist genau das Ziel dieses Projektes

Ahadov: Genau. Das Hauptziel des Projektes ist Schweizerische Landwirte, Gemeindebehörden, Boden-

und Waldbesitzer sowie Privatpersonen wieder zu begeistern. Ich möchte mit den Rabatt- und Verschenkaktionen von Nussbäumen den rückläufigen Zahlen entgegen wirken. Ziel ist in den nächsten Jahrzehnten ein Bestand von ca. 100'000 Stück. Damit könnte man den Import von Walnüssen wesentlich reduzieren.

Wie war die Resonanz?

Ahadov: Im letzten Jahr überzeugten sich 380 Landwirte und Waldbesitzer aus 14 Kantonen vom Projekt und haben insgesamt mehr als 4000 verschiedene, veredelte Walnussbaum-sorten für die Frucht- und Holzgewinnung mit einem Aktionsrabatt von 30 bis 50% gekauft und gepflanzt. Allein im Kanton Bern wählten 33 Landwirte die Baumnuss als Betriebszweig. Sie haben eigenständig 2-jährig veredelte Walnussbäume aus Frankreich in Plantagen gepflanzt. Und am Inforama Oeschberg gab es dazu verschiedene Veranstaltungen, Beratungen, welche von Herrn Jürg Maurer organisiert wurden. Als Förderer bedanke ich mich bei ihm für sein nachhaltiges Engagement im Bereich Walnussanbau. (Jürg Maurer, Leiter Fachstelle für Obst und Beeren, Amt für Landwirtschaft und Natur des Kantons Bern, INFORAMA Bildungs-, Bera-

tungs- und Tagungszentrum, INFORAMA Oeschberg, 3425 Koppigen).

Welche Bedeutung hat die Baumnuss für die Landwirtschaft?

Ahadov: Ich sehe Potenzial einer neuen Einnahmequelle für die Landwirte. In Zeiten, in denen der Milchpreis zusammenbricht, ist die Baumnuss eine ideale Ergänzung zur bestehenden Produktpalette und eine sichere Einnahmequelle für die Schweizer Landwirte.

So sind wir nicht mehr so stark von den Importen abhängig und können die Wertschöpfung in der Schweiz generieren. Ein weiterer Vorteil findet sich darin, dass so das ökologische Gleichgewicht nachhaltig verbessert wird.

Gleichzeitig könnte mit modernen Technologien eine Industrie zur Herstellung von Baumnussöl aufgebaut werden. Zudem würden die Walnussbäume wertvolles Holz für die Möbelindustrie liefern.

Sind weitere Aktionen für 2012 beabsichtigt?

Ahadov: Definitiv. Von Anfang März bis Ende April 2012 finden an vier Standorten wieder Rabatt-Aktionen statt. Am 30. und 31. März 2012 von 10 bis 13 Uhr in Glausers Biobaumschule in Noflen (BE), am 7. April 2012 in der Nussbaumschule Gubler

in Hörhausen (TG), am 23. März im Aebi Kaderli Garten-Center in Dündingen (FR) und vom 1. März bis 15. April 2012 in Lobsigen Forstgarten, dem Forstbetrieb des Kantons Bern (BE).

Was planen Sie noch für die Zukunft?

Ahadov: Um diese Projekte verwirklichen zu können, beabsichtige ich einen Verein oder eine Genossenschaft zur Förderung des Walnussanbaus und zur Verarbeitung der Produkte in der Schweiz zu gründen. Ich möchte zudem gern an verschiedenen Gemeindeorten der Schweiz Walnussparks gründen. Im Moment bin ich mit verschiedenen Gemeinden in Verhandlung. Für eine erste Walnussparanlage habe ich schon von Bieler Stadt Regierung einen positiven Bescheid erhalten.

Als Projektleiter und Förderer von Landwirtschafts- und Naturprojekten in der Schweiz plane ich auch unsere Landwirte und Waldbesitzer für verschiedene Nischenkulturen (Safran (*Krokus Sativus*), Kornelkirschen (*Kornus mas*), Cassis (schwarze Johannesbeeren), dunkel Blau Feigenbaum, Lorbeerebaum, Aronia, usw. zu gewinnen. Die Ernte dieser Kulturen sind sehr gesund und für Landwirte ertragreich.

Ein neuer Fichenskandal?

DR. RER. PUBL. HSG
ROLAND BURKHARD, BERN

Die Geschäftsprüfungsdelegation des Parlaments als Aufsichtsorgan über die Nachrichtendienste hat die Resultate ihrer durchgeführten Kontrollen veröffentlicht. Aufgedeckt und als Skandal hinausposaunt hat sie die Tatsache, dass der Inland-Nachrichtendienst seit 2004 zu viele ihres Erachtens irrelevante Daten gesammelt hätte.

Zu viele Daten?

Zugegeben, die heutige Zahl der vom Inland-Nachrichtendienst erfassten Personen (120'000, dazu 80'000 so genannten Drittpersonen) erscheint prima vista hoch. Die Erfassungen erfolgten zu 96% auslandorientiert. Nur gerade 4%, also insgesamt 8000 davon, betrafen Schweizer Bürger. Das sind bedeutend weniger als in den Archiven all jener grösseren Zeitungen verzeichnet sind, welche die willkommene parlamentarische «Skandalnachricht» vermarkten.

Irrelevante Daten?

Gottlob weiss zumindest die Geschäftsprüfungsdelegation mit Sicherheit (oder meint es zu wissen), welche Daten relevant sind und welche nicht. Zurückblickend ist das denn auch einfach. Wer 2004 erfasst wurde und seither nicht gerade das Bundeshaus in die Luft gesprengt hat, ist offenbar zu Unrecht erfasst worden. Wäre hingegen ein Terrorakt verübt worden, hätte man es als Skandal hingestellt, dass die Staatsschützer von den Plänen nicht rechtzeitig erfahren hatten. Man hätte die Frage aufgeworfen, wozu sie denn überhaupt da seien.

Sinn und Zweck des Staatsschutzes

So gesehen hat die Aufdeckung des «Skandalchens» auch ihr Gutes. Denn es wirft die Frage nach dem Sinn und Zweck des Staatsschutzes auf. Von ihm kann und darf man erwarten, dass er alles unternimmt, um präventiv Gefahren für die Sicher-

heit unseres Landes abzuwenden. Dazu braucht er notwendigerweise Daten, und zwar viele. Welches die richtigen sind, stellt sich zumeist erst sehr viel später heraus. Das ist die Krux. Der Staatsschutz ist keine Kriminalpolizei, die sich nur um Täter und Tatverdächtige zu kümmern braucht.

Nehmen wir ein Beispiel: In der Agenda einer Person A findet sich eine Telefon-Nummer einer Person B aus dem Umfeld der Terrororganisation Al Kaida. Person A ist unbescholten, ein tatsächlicher erfolgter Kontakt mit Person B ist nicht nachweisbar. Zudem: Auch wenn ein Kontakt zwischen den beiden bestanden hat, hat A vielleicht mit B nur über das schlechte Wetter geredet. Möglicherweise aber auch über ganz anderes. Soll der Staatsschutz nun den an sich unbescholtenen A erfassen und allfällige weitere Erkenntnisse über ihn sammeln oder nicht?

Tut man es, setzt man sich dem Vorwurf aus, irrelevante Daten gesam-

melt zu haben. Tut man es nicht, und Person A erweist sich später als Mitäter eines Terroraktes, wird man dem Staatsschutz zum Vorwurf machen, bereits frühzeitig Erkenntnisse über sie gehabt zu haben und nichts unternommen zu haben. Wie man es auch macht, es ist stets falsch.

Wo ist denn der Missbrauch?

So ist denn wohl falsch, den Staatsschutz nur nach der Zahl der erfassten Daten zu beurteilen und eine hohe Anzahl von Erfassungen als Missbrauch oder gar als Gefahr hinzustellen, wie es die Geschäftsprü-

fungsdelegation tut. Zu beanstanden wäre einzig und alleine eine allfällige missbräuchliche Verwendung der gesammelten Daten. Und eine allzu lange Aufbewahrungsdauer. Allerdings muss man dabei berücksichtigen, dass terroristische und nachrichtendienstliche Operationen sich oft über viele Jahre erstrecken. In beiden Bereichen arbeiten kriminelle Organisationen mit so genannten «Schläfern», d.h. sie rekrutieren Personen, die sich über lange Zeit unauffällig verhalten, bis sie dann eingesetzt werden. Jüngstes Beispiel ist der Spionagefall in den USA.

Bleiben wir «cool»

Die zu 96% auslandorientierte Datensammlung des Inland-Nachrichtendienstes ist per se weder unnötig noch gefährlich. Die Hauptgefahren für unsere innere Sicherheit sind nun einmal auslandgesteuert. Richtig ist hingegen, allfällige einzelne missbräuchliche Verwendungen der gesammelten Daten näher zu untersuchen, falls es solche gegeben hat. Erst danach lässt sich über einen allfälligen Fichenskandal ernsthaft debattieren.

BUCHEMPFEHLUNG



PAULA JACOB-BORER, 6205 EICH

Bis in die 60-er Jahre bestimmte Ernst R. Borer, vor allem als Vorstandsmitglied des Christlichen Metallarbeiterverbandes (CMV), massgeblich die politisch-gewerkschaftliche Ausrichtung des CMV und CNG. Sein Einsatz galt einem modernen christlichen Sozialprogramm.

1962 gründete Ernst R. Borer die «Aktion für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker». Zum Andenken an die Arbeiteraufstände in der DDR (17. Juni 1953) und der späteren Aufstände in Ungarn und Tschechien organisierte die Aktion jährliche Gedenkveranstaltungen an der Limmat in Zürich. Diese und die vielfältigen wissenschaftlichen Informationen fanden im In- und Ausland grosses Interesse. Die Anteilnahme der Schweiz während des Kalten Krieges am Schicksal der Menschen war für die Betroffenen hilfreich. Unter anderem bedankte sich der damalige West-Berliner Senat am 13. August 1961 persönlich bei Ernst R. Borer für die Solidarität mit der Berliner Bevölkerung nach dem Mauerbau.

In den 70-er Jahren engagierte Ernst R. Borer zusätzlich für das Schicksal der polnischen Arbeiter im Zusam-

«Für die freie und wehrhafte Schweiz – gegen deren Feinde»

menhang mit der Gewerkschaft Solidarnosc. Von der polnischen Exilregierung in London erhielt er im September 1977 vom damaligen Staatspräsidenten Dr. Stanislaw Ostrowski – als bisher einziger ausländischer Bürger – den höchsten polnischen Staatsorden POLONIA RESTITUTA 1918. Er kümmert sich auch um das Schicksal der **Tibeter**. Der Dalai Lama bedankte sich mehrmals bei ihm für sein Engagement für die Unabhängigkeit Tibets gegen den chinesischen Besatzungsterror. In den 70-er Jahren setzte sich die «Aktion für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker» für den russischen Schriftsteller **Alexander Solschenizyn** ein. Dem Autor von Büchern wie «Gulag» hätte einzig die Verleihung der Ehrenbürgerschaft Zürichs Schutz und Exil geboten (Da die Bemühungen auf taube Ohren stiessen, musste er in die USA auswandern). In den 80-er Jahren lag Ernst R. Borers Fokus auf der atomaren Abrüstung (er hatte auch persönlichen Kontakt zu Ronald Reagan). Nach dem Fall der Berliner Mauer engagierte er sich für den Aufbau demokratischer christlicher Gewerkschaften in den Neuen Bundesländern. Bemerkenswert war auch sein geheimdienstliches Wissen, welches er u.a. im Zusammenhang als jahrzehntelanger Referent bei «Heer und Haus» erworben hatte. Dieses Buch gibt auch Einblicke in die Arbeit der P-26 und deren Vorgänger Kader-Organisationen seit 1940, wie der Aktion Nationaler Widerstand (ANW), Spezialdienst des Territorialdienstes und der Untergruppe Nachrichtendienst und Abwehr (UNA). Das Buch «Für die freie und wehrhafte Schweiz – gegen deren

Feinde» ist die Widerspiegelung des durch den Zeitzeugen Ernst R. Borer aktiv mitgelebten und erlebten schweizerischen und internationalen historischen Entwicklungen und ausgewählten Ereignissen der vergangenen neun Jahrzehnte. Seine sehr umfangreiche, einzigartige Bibliothek war immer up to date. Er hat sie laufend mit Ergänzungen aus öffentlich zugänglichen Quellen komplettiert. Die Co-Autorin Sara Arnold-Korf hat die Texte aufgrund der persönlich verfassten Vorlagen niedergeschrieben. Ernst R. Borer hatte den Wunsch, das Buch älteren, aber auch jüngeren Lesern zugänglich zu machen. Es ist ein einmaliger schweizerischer Rückblick auf die Zeit des Zweiten Weltkrieges, des Kalten Krieges und die Zeit nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen. Auch aktuelle Themen rund um die Globalisierung kommen im Buch nicht zu kurz.

Das Werk ist nicht nur ein Zeitzeugnis, sondern vor allem ein Appell zur **Wahrung der Schweizer Freiheit, Neutralität und Unabhängigkeit**. Als Vorstandsmitglied der «Aktion Aktivdienst» gehörte zu Ernst R. Borer auch die Verpflichtung, sich für eine bewaffnete Schweiz einzusetzen.

10 Tage vor seinem Tod schrieb er: **«All meinen Freunden möchte ich mit auf den Weg geben: Das Hauptziel der Traditionspflege muss darin bestehen, den Nationalstolz zu wahren, zu pflegen und zu schützen wie seinen Augapfel. Andernfalls besteht die Gefahr, einäugig oder blind durchs Leben zu gehen.»**

Jetzt bestellen mit Talon auf Seite 8

Gefährdete Meinungsfreiheit?

MARCEL SPOERRI,
GUISANSTR. 70, 9010 ST. GALLEN

Schön und beruhigend, dass es auch hierzulande noch Bürger gibt, die den Mut aufbringen, sich zu einem offensichtlichen «Tabuthema» frei und kritisch zu äussern. Bei der insbesondere in Politikreisen und den Medien verschmähten Minarettabstimmung hat sich im Zuge der Meinungsumfragen bekanntlich gezeigt, dass eine bedeutende Anzahl der Befragten – aus nachvollziehbaren Gründen – nicht bereit war, ihre tatsächliche Stimmabsicht bekanntzugeben. Als Protagonist stehe ich zu meiner Auffassung über ein aufkommendes Problem wie beispielsweise dasjenige der masslosen Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen, insbesondere dann, wenn dadurch unsere Wertvorstellungen und Rechtsstaatlichkeit in Frage gestellt, ja sogar missachtet werden, einmal abgesehen von den ökologischen und sozialen Folgen dieser politisch unbedachten Personenfreizügigkeit mit Masseneinwanderung und daraus resultierender Überbevölkerung. Das Schweizer Fernsehen hat kürzlich darüber berichtet, dass die Einwohnerzahl in unserem Land wahrscheinlich noch in diesem Jahr die Acht-Millionen-Grenze überschreiten wird, und ein seinerzeit beim Gewerkschaftsbund als Generalsekretär tätiger Publizist rechnet mit einem weiteren Bevölkerungswachstum, das sich angeblich bei einer «Obergrenze» um die 12 Millionen einpendeln werde (!?).

Nachdem die traditionellen Schweizer nach offizieller Meinung zu wenig Nachwuchs «produzieren» und die Zukunft der Schweiz daher gefährdet sei, ist anzunehmen, dass die Volksvermehrung von den Zuwanderern vorab aus anderen Kulturkreisen bewerkstelligt wird. Es liegt daher auf der Hand, dass die Integrationsbemühungen schon bald umgekehrte Vorzeichen erhalten, indem die Doppelbürger als Wahl- und Stimmberechtigte dannzumal in einer Mehrheit «unseren» Staat nach ihren Vorstellungen und Traditionen gestalten werden. Wohl als diskriminierte und museale Minderheit werden wir dadurch zu Fremden im eigenen Land.

Schweizerinnen und Schweizer sollten daher offen und öffentlich zu ihrer Meinung stehen, insbesondere wenn es um die Frage geht, wie viel Zuwanderung die Schweiz erträgt, selbst wenn sie dabei Gefahr laufen, als Rassist beschimpft zu werden, nur weil sie der Auffassung sind, dass die masslose Zuwanderung im allgemeinen beschränkt und die kriminell tätigen Zuwanderer und Asylsuchenden im speziellen konsequent und entschädigungslos ausgeschafft bzw. in ihre Heimatländer abgeschoben werden. Wir

sollten unser bis anhin grosszügiges Gastrecht und die humanitäre Tradition der Schweiz nicht durch eine überbordende Toleranz gegenüber straffälligen und renitenten Zuwanderern gefährden.

Die europaweite Kampagne der «classe politique» und der Medien gegen den Autor des Buches «Deutschland schafft sich ab», Thilo Sarrazin, unter massivem Druck von seinem Amt bei der Deutschen Bundesbank zurückgetreten, aber immer noch eingeschriebenes Mitglied der SPD, zeigt, wie es im Zuge der Masseneinwanderung um das demokratisch verbrieftete Recht auf freie Meinungsäusserung steht. Die Repräsentanten der allenthalben rasant wachsenden Moslemgemeinden bekämpfen, aktiv unterstützt von den Linken und Netten, das Minarett-, Burka- und Kopftuchverbot mit dem Scheinargument, die Religionsfreiheit werde eingeschränkt. Falls in diesem Zusammenhang überhaupt etwas eingeschränkt wird, ist es das Recht auf freie Meinungsäusserung. Wir dürfen uns aber diesbezüglich im Interesse unserer abendländischen Kultur und eines Lebens in Frieden und Freiheit keinen Maulkorb verpassen lassen, weder durch Migranten noch durch unsere eigene Regierung!

Wichtig: Jetzt anmelden

HERBSTAUSFLUG

Freitag, 28. September 2012

Erfahren Sie in Brunnen / SZ alles über das Taschenmesser und die Kirschwelt!



Vor kurzem erhielt ich von Ihrer Vereinigung das von Herrn Dr. Friedrich-Wilhelm Schломann verfasste Büchlein «Mein Leben im Schatten der Berliner Mauer» zugesandt. Hierfür möchte ich mich sehr herzlich bedanken.

Die Ausführungen von Herrn Schломann haben meine Gedanken um mehr als ein halbes Jahrhundert, ja um 64 Jahre zurückwandern lassen; denn Herrn Schломann habe ich bereits im Herbst 1948 in Rostock/

Meckl. kennengelernt, und seither sind wir uns öfter begegnet: – zuerst 1951 in Freiburg i. Br., wo wir beide als Ostzonenflüchtlinge unser Studium beendeten und wo sich dann auch nach den bestandenen Examina die Lebenswege trennten. Er ging in die politische Journalistik, ich suchte und fand meinen Weg in der Wissenschaft. Es ist von hohem erzieherischen Wert, dass Sie – auch mit diesem Büchlein – die heutige Jugend an das Streben der nun abgetretenen Generation nach den Idealen der Freiheit und der Demokratie erinnern und immer wieder verdeutlichen, dass ohne den von Idealismus geprägten und getragenen Geist eine freiheitliche Staatsordnung nicht überdauern kann. Zugleich war es für mich interessant zu lesen, was sich am Vorabend und

auch in den Tagen der deutschen Wiedervereinigung «hinter den Kullissen» abspielte; denn wer bei der Deutschen Welle arbeitete bzw. im Abhördienst derselben tätig war, konnte viel mehr erfahren als der Normalbürger, dem solche Quellen nicht zur Verfügung standen. Und es ist wichtig, dass auf diese Weise den Historikern für die Zusammenschau in einem die Gegenwart prägenden Geschichtsbild manche sonst kaum zugängliche Nachrichten vermittelt werden.

Mit einem herzlichen Dankeschön und mit dem Wunsch, dass Sie Ihr Engagement für die Freiheit der Schweiz und der westlichen Kulturwelt auch weiterhin vorantreiben können.

*Prof. Dr. Eduard Hlawitschka
82211 Herrsching, Deutschland*

VOM KORREKTEN FAHNENSCHMUCK

RENÉ M. LEVKOWICZ, FORCH

8

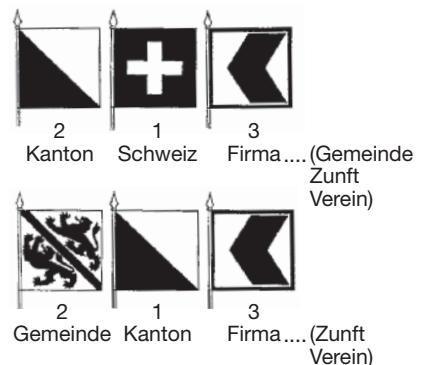
Wir Schweizer sind ein «fahnenfreudiges» Volk. In kaum einem anderen Land sieht man permanent so viele Fahnen wie bei uns. Und nirgendwo werden so zahlreiche Fahnen in **leider falscher Reihenfolge** angebracht wie hierzulande, sowohl von öffentlichen Stellen wie von Privaten. Das ist schade, denn insbesondere Fahnen der Nation, von Kantonen und Gemeinden sind nicht einfach dekorative farbige Tücher, sondern Hoheitssymbole, die es verdienen, nach den überall auf der Welt geltenden alten Regeln platziert zu werden.

Wappen und Fahnen haben ihren Ursprung in der Ritterzeit, als man sich durch die Farben und Figuren auf den Schilden zu erkennen gab. Die Reihenfolge von Wappen und Fahnen ergibt sich deshalb **immer von hinten gesehen**, also vom Standpunkt des Trägers, einem Grundstück oder einer Hausfassade aus gesehen.

Bei zwei Hoheitszeichen, z.B. der Schweizerfahne und der Kantons- oder Gemeindefahne, gehört die ranghöhere von hinten betrachtet auf die **rechte Seite** der Kantons- bzw. Gemeindefahne, wie dies bei den Wappen auf den Schweizer Mo-

torfahrzeug-Kontrollschildern der Fall ist. Die gleiche Regel gilt ja auch bei Tisch: Der Ehrengast sitzt zur Rechten des Gastgebers.

Sind es drei Fahnen, so gehört die **ranghöchste in die Mitte**, die zweit-höchste wiederum **von hinten gesehen** auf die rechte Seite und die dritte z.B. die Firmenfahne, auf die linke Seite. Man verfährt ja ebenso bei Siegerehrungen. Der Sieger steht in der Mitte, der Zweite rechts von ihm (oder ihr!) und der Dritte links. Man unterscheidet zwischen Fahnen, die fest am Mast bzw. an einer Stange befestigt sind, Flaggen, die mittels Leine am Mast gehisst werden und langen, schmalen, so genannten zweizipfligen Farbenfahnen. Diese werden oft irrtümlicherweise als «Flaggen» bezeichnet. Da die sinnvollen und klaren Regeln für die Anordnung von Wappen, Fahnen und Flaggen international gültig sind und wir gerne schöne Traditionen hochhalten, wäre es zu begrüßen, wenn Fahnen nicht von Gebäude zu Gebäude oder Grundstück zu Grundstück unterschiedlich und beliebig, sondern unter Beachtung der Regeln angebracht würden.



Bilder: zvg

Die Bestrebungen von **PRO LIBERTATE** für die Erhaltung und die Förderung einer «gesunden» Schweiz interessieren mich.

- Ich / wir unterstütze(n) PRO LIBERTATE
- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.–, Ehepaare Fr. 60.–
- als Gönner, Jahresbeitrag Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen

Literatur zum Bestellen:

- Senden Sie mir Expl. «**Das Dschihad-System: In Allahs Namen**» zum Preis von Franken 30.–
- Senden Sie mir Expl. «**General Guisan: Widerstand nach Schweizer Art**» zum Preis von Franken 45.–
- Senden Sie mir Expl. «**Freier Fels in brauner Brandung**» zum Spezialpreis von Franken 26.– (statt Franken 39.–)
- Senden Sie mir Expl. «**Weltgeschichte im Hochgebirge**» zum Preis von Franken 59.–
- Senden Sie mir Expl. «**Honeckers Handschlag**» zum Preis von Franken 50.–
- Senden Sie mir Expl. «**Uniformenabzeichen und Embleme der Schweizer Armee**» zum Preis von Franken 10.–
- Senden Sie mir Expl. «**Armeekalender**» zum Preis von Franken 20.– + Porto
- Senden Sie mir Expl. «**Mein Leben im Schatten der Berliner Mauer**» für Franken 8.–
- Senden Sie mir Expl. «**Erlebter Aktivdienst 1939 – 1945**» für Franken 29.–
- Senden Sie mir Expl. «**Für die freie und wehrhafte Schweiz gegen deren Feinde**» für Franken 35.–
- Senden Sie mir Expl. «**Die Schweiz: Zwei Weltkriege und die hinterlassenen Spuren**» für Franken 24.–
- Senden Sie mir Expl. «**Die Schweiz: Zwischen 1848 und 2007**» für Franken 27.–

Name _____

Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

Datum _____

Unterschrift _____

Einsenden an: PRO LIBERTATE • Postfach 587 • 3052 Zollikofen

4.12

Impressum

Redaktion: Thomas Fuchs, a/Nationalrat
Geschäftsstelle:
 Schweizerische Vereinigung Pro LIBERTATE,
 Postfach 587, 3052 Zollikofen
 Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85
 Internet: www.prolibertate.ch
 E-Mail: info@prolibertate.ch
 Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.
 Erscheint 6-8x jährlich. Leserzuschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.
Spenden: PC 30-26847-0

Vorstand

Thomas Fuchs (Präsident), 3018 Bern-Bümpliz
 Patrick Freudiger (Vize-Präsident), 4900 Langenthal
 Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen
 Jürg M. Stauffer (Sekretär), 3063 Ittigen
 Nathalie D'Addezio, 3006 Bern